

Herbert Graf

VON DER DEMOKRATIE ZUR AGONIE

Ursprung, Aufstieg
und Niedergang
einer guten Idee

edition ost

Das Buch

Demokratie – was ist das? Der Autor beschreibt Widersprüche und Konflikte, die die Herausbildung und Entwicklung, die Krisen und den Niedergang der Demokratie von Anbeginn bis in unsere Tage begleiten. Sein Text ist lebendige Zeitgeschichte, die auf eigenen Erfahrungen und Untersuchungen fußt, es ist eine anschauliche Auseinandersetzung mit Theorie und Praxis gesellschaftlichen Zusammenlebens. Professor Herbert Graf führt seine Untersuchungen über Dogmen und Grenzen des gegenwärtigen Demokratieverständnisses hinaus. Er fragt also nicht nur nach den Beschränkungen, sondern auch nach Optionen, wie wir aus der gegenwärtigen Zuschauerdemokratie herauskommen könnten. Demokratie ist nämlich nichts Statisches, sondern eine Bewegung, in der sich Gesellschaft praktisch entwickelt – jenseits von Stammtisch und nöhlender Unzufriedenheit.

Der Autor

Herbert Graf, geboren 1930, entstammt einer Arbeiterfamilie aus Egeln bei Magdeburg. Er studierte in Berlin Ökonomie und promovierte an der Juristischen Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle. Annähernd zwei Jahrzehnte war er Mitarbeiter Walter Ulbrichts. Nach Lehr- und Forschungsarbeiten in Afrika, Asien und Lateinamerika übernahm er den Lehrstuhl Staatsrecht junger Nationalstaaten an der Akademie für Staat und Recht in Potsdam-Babelsberg. Seine staatswissenschaftlichen und zeithistorischen Veröffentlichungen fanden international Beachtung. Einige wurden in mehrere Sprachen übersetzt.

Nach 1990 war er als Justitiar in der Industrie tätig. In der edition ost erschienen 2008 »Mein Leben. Mein Chef Ulbricht. Meine Sicht der Dinge« und 2011 »Interessen und Intrigen. Wer spaltete Deutschland«.

Sämtliche Inhalte dieser Leseprobe sind urheberrechtlich geschützt. Sie dürfen ohne vorherige schriftliche Genehmigung weder ganz noch auszugsweise kopiert, verändert, vervielfältigt oder veröffentlicht werden.

ISBN Buch: 978-3-360-01875-5

ISBN E-Book 978-3-360-51042-6

© 2017 Verlag Das Neue Berlin, Berlin

Umschlaggestaltung: Buchgut, Berlin

Die Bücher des Verlags Das Neue Berlin
erscheinen in der Eulenspiegel Verlagsgruppe.

www.eulenspiegel.com

Mein Dank gilt den Demokraten, die mir, dem Arbeiterjungen aus der Magdeburger Börde, 1948 den Weg an die Universität ermöglicht haben. Zu danken habe ich den Gefährten aus mehr als 25 Ländern auf vier Kontinenten, die mir die Erfahrungen und Werte und Entwicklungserfordernisse ihrer Völker nahebrachten. Nicht vergessen seien die Freunde, mit denen ich mich über Spezialprobleme dieser Untersuchung austauschen konnte. Herzlicher Dank gilt meiner Frau Helga, deren Hilfe und Unterstützung ich auch bei dieser Altersarbeit immer gewiss sein konnte.

Inhalt

Vorworte 7

I. Demokratie? Lass den Zweifel deinen guten Freund sein 17

1. Offene Fragen 18
2. Die Aufklärer 22
3. Sendungsbewusstsein und Grenzen der Initiatoren der bürgerlichen Demokratie 27
4. Erste Versuche – bittere Niederlagen 33
5. Bürgerliche oder Räte­demokratie? 37
6. Rechtsstaat – Unrechtsstaat 41
7. Hoffnungsvolle Alternativen? 44
8. Staatsschulden als Fessel demokratischen Handelns 47
9. Werden es die Enkel besser ausfechten? 53

II. Werden und Wachsen des Demokratie­konzepts 57

1. Demokratie und offene Gesellschaft 58
2. Demokratie und Weltmachtstreben 60
3. Hat Demokratie weltweit analoge Strukturen? 61
4. Genese proletarischer Demokratie­konzeption 64
5. Zeiträume der Demokratie­genesen 68

III. Aktuelle Demokratie­probleme 72

1. Demokratie­konzepte und -krisen im 21. Jahrhundert 72
2. Demokratie in frühen Elementen 80
3. Demokratie – schmale Kost für die Künste 83
4. Konturen eines demokratischen Gemeinwesens 84
5. Dimensionen und Grenzen der Demokratie 103
6. Kann im schwachen Staat eine starke Demokratie gedeihen? 135
7. Bandbreite und Unterschiede von Demokratie­definitionen 142

IV. Demokratie: verklärte Anfänge – frühe Signale 154

1. Die oft verklärten Anfänge im antiken Griechenland und in Rom 154
2. Direkte Demokratie in der Antike – Basisdemokratie in der Gegenwart 180

V. Der lange Weg zur bürgerlichen Republik 199

1. Der widersprüchliche Beginn 200
2. Das 19. Jahrhundert – ein erstarkendes Bürgertum, eine autoritäre Staatsordnung 208
3. Der Weg nach Weimar 218

VI. Das Grundgesetz: Vorentscheidungen, Entstehung und Probleme 237

1. Das Grundgesetz – ein Akt demokratischer Selbstbestimmung? 238
2. Eine gemeinsame Deutschlandvision oder Spaltung? 241
3. Hoffnungen der Nachkriegszeit – oder Eine Revolution wird nicht zugelassen 244
4. Vorbereitungen der Weststaatsgründung 247
5. Die Frankfurter Dokumente – ein bürgerlicher Weststaat wird angeordnet 254
6. Zur Genese des Grundgesetzes 258
7. EU-Recht versus Grundgesetz 264
8. Die Dritte (und Vierte) Gewalt 271

VII. Nachdenken über einen untergegangenen Staat 282

1. Schwierigkeiten mit der Wahrheit 282
2. Der schwere, komplizierte Anfang 285
3. Werden und Abschmelzen des Demokratie-Konzepts der DDR 289
4. Demokratie erfordert konsequentes Handeln, Lernen und auch die Abwehr von Aggressionen 296
5. Offene Fragen? 311
6. Aussichten? 322

Vorworte

Ich war 15, als mir erstmals die Frage gestellt wurde: Was ist Demokratie? Meine Antwort damals: Demokratie ist eine Hoffnung, aber doch wohl eher Illusion der Arbeiterklasse. – Wir schrieben das Jahr 1945.

Dies war kein Ergebnis eigener Erfahrungen. Es war allein die Reflexion der Meinung meines Großvaters. Der war seit 1902 Mitglied der SPD und der Bauarbeitergewerkschaft. Am Ende des Ersten Weltkriegs gehörte er dem Soldatenrat seiner Division an. Wie viele andere Arbeiter und Soldaten hoffte er nach dem sinnlosen, opferreichen Krieg auf mehr als lediglich die Abdankung des Kaisers. Mein sozialdemokratischer Großvater war, wie viele andere auch, für eine grundlegende Veränderung der politischen Verhältnisse in Deutschland. Die Entscheidung des Reichskongresses der Arbeiter- und Soldatenräte, des Machtzentrums der Novemberrevolution, enttäuschte ihn. Im Dezember 1918 votierte das Gremium mehrheitlich für das bürgerliche Modell.

Während der Weimarer Republik gehörte mein Großvater zu den gewählten Abgeordneten des Stadtparlaments seines Heimatortes. Er fand zwar dort Anerkennung, aber die bürgerliche Demokratie vermittelte ihm nie Zufriedenheit. Es gab viele Sitzungen, nicht selten Streit. Macht aber wurde von den Abgeordneten selten ausgeübt. Die wesentlichen Entscheidungen trafen Verwaltungen und übergeordnete Behörden. Das alles hatte er mir erzählt. Deshalb meine impulsive, aber keineswegs durchdachte Antwort zur Demokratie nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges.

Zu jenem Zeitpunkt konnte ich nicht wissen, dass das Suchen nach demokratischen Lösungen gesellschaftlicher und staatlicher Probleme zu einer Zentralachse meiner praktischen Tätigkeit und meiner wissenschaftlichen Arbeit in Deutschland, in Europa und in Staaten der sogenannten Dritten Welt werden würde. Über

fünf Jahrzehnte sollte ich auf mehreren Kontinenten in sehr verschiedenen Kulturkreisen die Beziehungen der Bürger zu Machtorganen, die Motive staatsorganisatorischer Lösungen, Erfolge, Irrtümer und Niederlagen bei der Herausbildung und Gestaltung demokratischer Verhältnisse erleben. Inzwischen gehöre ich zu den wenigen noch lebenden Zeitzeugen, die viele der Verantwortlichen in der DDR und in vormaligen sozialistischen Staaten über Jahrzehnte im Arbeitsprozess erlebt, von ihnen gelernt und mit ihnen gearbeitet haben. Das gilt auch für eine Reihe Persönlichkeiten in kolonial befreiten Ländern und Repräsentanten internationaler Konzerne. Das hat mein Leben bereichert und die Achtung jenen gegenüber begründet, die unter widrigen Umständen Neuanfänge wagten.

Gegenstand meiner Dissertation an der Martin-Luther-Universität Halle war die gesellschaftliche Funktion der Wahlen und des Wahlrechts. Bereits damals stellte ich fest, dass Demokratie sich weder auf den Wahlprozess noch auf die Regularien der parlamentarischen Tätigkeit reduzieren lässt. *Demokratie* – verstanden im Sinne des griechischen Wortes – bedeutet Volksherrschaft, also Machtausübung. Die Macht oder, anders ausgedrückt, die Herrschaft bzw. die Staatsgewalt wird bis in unsere Tage – gerade im Zusammenhang mit der Demokratiedebatte – zu oft nur als äußere Form analysiert und dargestellt. Meist wird dabei die wesentliche Frage umgangen: Welche sozialen Kräfte nehmen auf die grundsätzlichen Entscheidungen Einfluss und üben damit wirklich Macht aus?

Demokratie – kein anderes Wort im politischen Sprachschatz des 21. Jahrhunderts wird so inflationär gebraucht wie dieses. Kaum ein Begriff wird mit derart vielen Attributen (echte, reale, parlamentarische, soziale, sozialistische, bürgerliche, libertäre, delibertäre, reflexive, identitäre, empirische, kosmopolitische, gelenkte, grüne, starke, freiheitliche, feministische, marktkonforme u. a.) versehen und damit sehr unterschiedlich interpretiert. Nach der Beseitigung der antiken direkten Demokratie in Griechenland wurde über mehr als 2000 Jahre nirgendwo in Europa der Versuch einer demokratischen Gestaltung der Staatsordnung unternommen. In dieser langen Zeit gehörte der Begriff »Demokratie« weder zum Vokabular der gesellschaftlichen Eliten noch zu dem

der Völker. Politische, soziale und religiöse Konflikte wurden über Jahrhunderte um den Glauben (die Kreuzzüge, der Dreißigjährige Krieg) oder zur Befreiung von Unterdrückung (Sparkakusaufstand, Bauernkriege) oder zur Landeroberung, nie aber *für* Demokratie geführt.

Wegmarken bei der Herausbildung der parlamentarischen Demokratie waren die amerikanische Verfassung (1787) und die Französische Revolution (1789). Zu beiden Ereignissen führte kein gerader Weg. Dieser fand seinen Ausgangspunkt in den Widersprüchen, die sich nach der Reformation (auch Frühbürgerlicher Revolution genannt) zu Beginn des 16. Jahrhunderts und dem Dreißigjährigen Krieg (1618–1648) zwischen der absoluten Herrschaft der Monarchen und der Feudalkaste einerseits und dem aufstrebenden Bürgertum und der Masse der Bauern andererseits herausgebildet hatten.

Das 17. und das 18. Jahrhundert waren eine Periode großer politischer, sozialer und kultureller Veränderungen. Die Erfindung der Dampfmaschine 1690 öffnete die Tür zum industriellen Zeitalter. Der inzwischen verbreitete Buchdruck ermöglichte einen vorher nicht gekannten geistigen Austausch. Erste Zeitschriften fanden Verbreitung. Die Alphabetisierung machte erste Fortschritte ... Jene beiden Jahrhunderte werden zu Recht als Periode der Aufklärung bezeichnet.

Die *Aufklärung* bewirkte die schrittweise Überwindung der vorher auf Glauben und Tradition beruhenden Vorstellungen. Mit der Berufung auf die Vernunft als Urteilsinstanz und dem Aufblühen der Geistes- wie der Naturwissenschaften eröffnete die Aufklärung neue Wege der geistigen und sozialen Entwicklung und schuf Voraussetzungen für künftige demokratische Versuche. Die politischen Verhältnisse nicht nur in Europa, sondern in allen Teilen der Welt wandelten sich grundlegend.

Trotz enorm gewachsener Produktivität, hoher Konsumraten, erstaunlicher technischer Fortschritte mehren sich heute aber die Anzeichen, dass die *Regenerationsfähigkeit* der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft weitgehend geschwunden ist. Im zweiten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts belastet ein Bündel von Krisen – Staatskrisen, Schuldenkrisen, Eurokrisen, Flüchtlingskrisen, Demokratiekrise – und eine vorher nie gekannte Differenz zwischen

Arm und Reich die Handlungsfähigkeit der Regierenden und verstärkt berechnete Sorgen vieler Bürger. In den etwa 65 Jahren, in denen ich bemüht war, in das Wesen der politischen, ökonomischen, kulturellen und juristischen Erscheinungen und deren Hintergründe einzudringen, habe ich das Entstehen und den Untergang von Staaten und politischen Systemen – in einigen Fällen auch hautnah – erlebt. Selten jedoch begegnete ich allerdings einer derart politisch polarisierten, von Unvernunft und kurzatmiger Politik geprägten, zerbrechlichen, hoffnungsarmen und gefährvollen Situation wie gegenwärtig.

Rund um den Erdball konstatieren besorgte Bürger, Politiker (wenn sie nicht gerade Sonntagsreden halten), auch mancher Wissenschaftler oder Journalist einen eklatanten Vertrauensverlust, eine sich bedrohlich vertiefende Kluft zwischen Wohlstand und Elend, zwischen Wählern und Gewählten. Auf allen Kontinenten wächst die Furcht vor der ungebändigten Macht des globalisierten Kapitals. Das Unverständnis über die Abgehobenheit politischer Eliten, die Simplifizierung der Berichterstattung der dominierenden Medien, die Furcht vor aufquellendem Populismus, die Angst vor Altersarmut wie vor fehlenden Perspektiven der Jugend nehmen zu. Der Begriff »erschöpfte Demokratie« wird zum Menetekel.

Der Ernst der Situation erfordert profunde Ursachenanalysen und grundlegende Änderungen der politischen und sozialen Strategien. Dabei geht es um mehr als das oft zitierte Parteienversagen und dessen Korrektur, auch nicht vordergründig um »handwerkliche Fehler« einzelner Politiker in Detailfragen oder um eine plausible Erklärung der bisherigen Politik. Das ist nicht die Lösung. Oft genug wurde bewiesen, dass derartige Kosmetik keinen Ausweg darstellt. Zudem: Der in den USA hervorgebrachte Neoliberalismus – diese in den letzten Jahrzehnten vorherrschende raue, skrupellose, vordergründig auf optimale Gewinnerwirtschaftung getrimmte Variante kapitalistischer Strategie – hat sich als verheerend erwiesen. Trunken vom Rausch des Sieges über den sozialistischen Gegner wurden vor allem in den vergangenen 25 Jahren frühere Zurückhaltung im sozialen Bereich aufgegeben und die Arbeitsintensität erhöht. Ein Niedriglohnsektor entstand, der sich noch immer ausweitet. Vor allem in den Mittelmeer-Anrainer-

I.

Demokratie? Lass den Zweifel deinen guten Freund sein

Demokratie ist keine abstrakte Kategorie. Sie entsteht, entwickelt sich, oder fällt in dem Maße zusammen, wie das als Souverän erkannte Volk sich als Objekt oder Subjekt im System der Staatsmacht erweist. Dabei zeigt sich: Je stabiler die historisch gewachsenen kulturellen und zivilisatorischen Beziehungen der Bürger sind, desto stärker werden die Möglichkeiten für demokratisches Mitgestalten.

In vielen Ländern erweist sich der Nationalstaat zumeist als eine maximale Größe für die Gestaltung demokratischer Systeme. Debatten über die Reduzierung der Nationalstaatlichkeit in der Europäischen Union sind mit hoher Wahrscheinlichkeit deshalb auch Bremssignal für die verbliebenen Reste der Demokratie.

Die einflussreiche deutsche Politikwissenschaftlerin Ulrike Guérot, Gründerin und Direktorin des »European Democracy Lab« in Berlin, publizierte 2016 die Vision, dass bis 8. Mai 2045 alle europäischen Nationalstaaten zugunsten einer *Republik Europa* überwunden sein würden.¹ Aufforderungen zur Reduzierung nationaler Souveränität, um der Globalisierung mehr Raum zu schaffen, sind aus Brüssel und aus allen Fraktionen des Deutschen Bundestages zu hören.

Wie aber sieht es dann mit der Demokratie aus?

Frau Prof. Guérot hat dafür ein Rezept bei der Hand. Sie setzte in die Welt: »Die europäische Demokratie von morgen ist eine Netzwerkdemokratie, die sich auf exterritoriales Regieren

in der Welt vorbereitet und eine neue Verbindung zwischen Regionalem und Globalem jenseits der Staaten sucht.«² Mir scheint, Derartiges ist blanker Unsinn. Damit werden weder die komplexe Ausgangslage demokratischer Systeme noch unabdingbare lebensnahe Kriterien ihrer Genese berücksichtigt. Das Leben findet jetzt und sicher auch künftig nicht digital, sondern analog statt. Demokratie lebt als menschnahes Gemeinschafts- und Verantwortungssystem, oder sie verkommt zu einem Cyberhomunculus. Im Netz sind Mitgefühl, Vertrauen und Verantwortung zwangsläufig Fremdworte. In dessen oft anonymisierten herrschaftsfreien Strukturen eines imaginären Raums dominiert Anarchie. Die aber kann kein geeigneter Nährboden für demokratisches Denken und Handeln sein.

1. Offene Fragen

Wer redet nicht über Demokratie? Wer wünscht sich nicht eine in allen wichtigen Lebensbereichen demokratisch strukturierte Gesellschaft? Doch der allgemeine Befund lautet: Wir erleben eine tiefe Krise der Demokratie. Wohl jeder Interessierte kann aus eigener Erfahrung dafür Beispiele nennen, wie ihn einsam gefasste Beschlüsse von Politikern oder machtvolle Marktentscheidungen nicht nur überrascht, sondern getroffen und besorgt gemacht haben.

Täglich versorgen ihn auch die Medien mit neuen Informationen über das Versagen demokratischer Institutionen, über die Ohnmacht der Wähler und die sich ständig verringere Handlungsmöglichkeit der Gewählten. Dringlich erscheint folglich eine Analyse der Erscheinungen und der gesellschaftlichen Folgen dieses Phänomens. Noch wichtiger ist jedoch die Erkundung der Ursachen für die unbestreitbare Misere der so lebenswichtigen und im günstigen Fall systemstabilisierenden Demokratie.

Ist aber der Schlüssel für das Tor einer lebendigen und effektiven demokratischen Ordnung vorrangig in einer weiteren juristischen Perfektionierung des parlamentarischen Systems zu finden? Geht es vordergründig um die Befreiung des politischen Feldes von der erdrückenden Umklammerung der Märkte? Ist

eine Umkehr des Primats der Ökonomie und des Profits zugunsten des Sozialen, der Politik und der Demokratie erforderlich und möglich? Kann die weitgehend unkontrollierte Macht der global agierenden Finanz-, Industrie- und Medienkonzerne reduziert oder gar überwunden werden?

Der Einfluss der Repräsentanten aus Industrie, Finanzen und Handel auf die Entscheidungen staatlicher Organe hat sich in den vergangenen 200 Jahren spürbar geändert. In der Frühzeit des deutschen Parlamentarismus richtete sich das Interesse der Vertreter der Wirtschaft in den deutschen Landesparlamenten fast ausschließlich darauf, dass die zu entrichtenden Steuern – die vorrangig zur Finanzierung des Unterhaltes der Monarchen und Fürsten genutzt wurden – möglichst niedrig waren. Charakteristisch dafür war die Erklärung des Kaufmanns und Bankiers David Hanseemann am 8. Juni 1847 in der Haushaltsberatung des Preußischen Landtags: »Beim Geld hört die Gemütlichkeit auf.« Hanseemann votierte dagegen, dass das Parlament zur »Pumpanstalt« für die Ausgaben des königlichen Hofes wurde.

Dreißig Jahre danach knauserten die Vertreter der Wirtschaft nicht allein in Haushaltsfragen. Sie verlangten von der Politik Einfluss und Schutz für ihre Eroberungen in anderen Teilen der Welt. Der Hamburger Kaufmann und Reeder Adolph Woermann attackierte Reichskanzler Otto von Bismarck mit Denkschriften und bei zahlreichen Begegnungen. Ihm ging es darum, dass preußische Truppen die deutschen Eroberungen in Westafrika schützten und deutsche Beamte in Gebieten der Woermannschen Eroberung den Widerstand der dort ansässigen Stämme brachen. Bismarck, der selbst nicht viel von Kolonialpolitik hielt, unterstützte dennoch dieses Anliegen der Wirtschaft. Die Folge: Woermann steigerte Einfluss und Gewinn, Deutschland erhielt Rohstoffe. Deutsche Militärs und Beamte verübten – wie der Journalist Christian Bommarius in einer Dokumentation nachwies – einen sadistischen Terror in den eroberten Gebieten, um deutschen Händlern einen konkurrenzlosen Markt zu erschließen.³

Inzwischen haben die Vertreter des internationalen Kapitals einen umfassenden Einfluss auf alle wichtigen staatlichen Entscheidungen. Die Interessen der Konzerne, vor allem an der Siche-

rung von Rohstoff- und Energiereserven sowie der internationalen Transportwege, bestimmen ebenso den Takt des Regierungshandelns wie das Verhalten führender Politiker in Umweltfragen oder in sozialen und kulturellen Angelegenheiten. Als in der EU 2013 ein Vorschlag zur Reduzierung der CO₂-Emissionen auf den Weg gebracht werden sollte, machte die Bundesregierung die Verhinderung dieses Anliegens der EU zur Chefsache. Regierungsemissäre besuchten alle EU-Länder, in denen deutsche Autofirmen Werke haben, um sie für die Verweigerung dieser Umweltmaßnahme zu gewinnen. Um Großbritannien kümmerte sich das Kanzleramt. Es wurde der Deal verabredet: »Ihr helft uns bei den Autos, wir kommen euch bei der geplanten Bankenunion entgegen.«⁴

Die in keiner Weise demokratisch legitimierte Europäische Zentralbank (EZB) hat inzwischen weitaus mehr Macht als gewählte Parlamente und Regierungen. Ohne erkennbaren Widerstand der gewählten Parlamente werden allein durch die Zinspolitik der EZB Millionen Sparer in allen Ländern der EU beraubt. Ebenso ist es – wie etwa die EU-Politik gegenüber Griechenland erkennen ließ – in der Geschichte Europas ohne Beispiel, wie Parlamente ökonomisch erpresst und große Teile des Volkes in eine humane Katastrophe getrieben werden.

Man muss dem ehemaligen amerikanischen Außenminister Henry Kissinger in seinen Bewertungen des Zustandes der Europäischen Union nicht folgen, es lohnt jedoch zweifellos, die Argumente des kundigen Analysten zur Kenntnis zu nehmen. Er schrieb 2014: »Die Europäische Union schränkt die Souveränität und Macht ihrer Mitgliedstaaten wie die Kontrolle über die Währung und ihre Grenzen ein. [...] In vielen Ländern wurden Einwände gegen die EU-Politik zu einem Kernthema der nationalen Politik. Das Ergebnis ist eine Mischform, die konstitutionell zwischen einem Staat und einem Staatenbund liegt, der mithilfe von Ministertreffen und einer gemeinsamen Bürokratie operiert – eher nach Art des Heiligen Römischen Reiches als nach dem europäischen System des 19. Jahrhundert [...]. Ihre Bürokratie widerspricht der Demokratie.«⁶

Der Einfluss der Wirtschaft auf die Politik vollzieht sich nicht nur in den oberen Etagen der Macht, sondern durchzieht ebenso die Arbeit der Parlamente und die Strukturen des Regierungs-

und Verwaltungsapparates. Im Bundestag sind etwa 2000 Lobbyisten als Vertreter von etwa 5000 Interessenverbänden mit einem Hausausweis unterwegs. In der am Gebäude des Deutschen Bundestages angrenzenden Reinhardtstraße gibt es kaum ein repräsentatives Gebäude, das nicht den Sitz einer Lobbyzentrale – vom Bund der Selbständigen über den Bund der Energie- und Wasserwirtschaft bis zum Gesamtverband der Textil- und Modeindustrie und vielen anderen – beherbergt.

Der SPD-Gesundheitspolitiker Karl Lauterbach konstatierte: »Demokratie ohne Lobbyismus ist nicht vorstellbar. Aber wir müssen uns klarmachen, dass der Lobbyismus uns stärker beeinflusst, als wir das selbst eingestehen. Die Art, wie wir diskutieren, wird oft durch Interessenvertreter geprägt. Wir stellen uns zu selten die Frage, wie eigentlich die Interessen der Bürger aussehen.«⁷ Welchen realen Einfluss hat unter solchen Umständen der *Demos*, das als Souverän gepriesene und tatsächlich so einflusslose Volk? Die Lobbykratie hat sich ihren Platz in der ersten Reihe der Macht gesichert!

Ist zu erwarten, die Probleme der modernen Zeit könnten in Komplexität und bei internationalen Verknüpfungen politischer, sozialer und ökonomischer Prozesse mit dem Instrumentarium der Vordenker der Demokratie aus dem antiken Griechenland oder der Aufklärer aus dem 18. Jahrhundert gelöst werden? Die Prinzipien und die Regelungen aus jenen Tagen wurden bekanntlich unter Voraussetzungen entwickelt, die seit mehr als einem Jahrhundert nicht mehr existieren. Damals konnte davon ausgegangen werden, dass die Gegenstände der Entscheidungen der Vertretungskörperschaften und auch der Gerichte mit gesundem Menschenverstand von den Entscheidungsbefugten verstanden, beurteilt und durch Beschluss in diese oder jene Richtung gesteuert werden konnten. Damals existierte die Hoffnung: Wem Gott ein Amt gab, dem gab er auch Verstand. Das aber hat sich offensichtlich und unumkehrbar verändert.

Mit welcher Sachkunde entscheiden heute Parlamentarier und Richter über naturwissenschaftlich bedingte, technische, ethische und ökonomische Grundprobleme? Wer dringt durch den Dschungel der geltenden Rechtsnormen und verbindlichen Gerichtsentscheidungen, wer kann sich den Weg durch den deut-

schen Rechtswegestaat bahnen? Erschöpfen sich Parlamentsdebatten nicht zu oft im rechthaberischen Schlagabtausch zwischen Regierung und Opposition? Wird nicht die Demokratie durch die wachsende Kluft zwischen den Bürgern und den politischen und medialen Eliten bedroht, die vorgeben oder sich einbilden, im Namen des Volkes zu wirken? Wo geht es noch kenntnisreich um sachliche Abwägungen oder um strategische Orientierungen? Wer ist der Souverän? Das Volk? Oder die gewählte Vertretung? Der Publizist Roger Willemsen stellte nach einjähriger Teilnahme an den Sitzungen des Bundestages ernüchtert fest: »Die Regierungsparteien kontrollieren das Kabinett nicht, vielmehr begleiten sie sein Tun repräsentativ, meist rühmend und dankend. Die Opposition sieht ohnmächtig zu.«⁸

Der Staatsrechtsprofessor Christoph Möllers vertritt die Meinung: Die Frage, wer mehr Macht hat, ein Parlament oder ein Gericht, stelle sich nicht. »Parlamente haben das erste Wort, Gerichte das letzte.«⁹ Befindet sich demnach das Machtzentrum in den Zentralen der Regierungsparteien? Oder vielleicht gar beim Bundespräsidenten, der die Gesetze unterschreibt? Dessen Wahl durch die Bundesversammlung erklärt der Präsident des Bundesverfassungsgerichtes Andreas Voßkuhle als einen »eigentümlichen demokratisch veredelten Rückgriff auf das Erbe der konstitutionellen Monarchie, der vom Verfassungsgeber aber so gewollt war«.¹⁰

Auch der veredeltste Rückgriff in die Vergangenheit der Demokratie wird angesichts der weltweiten Krise der Demokratie kaum zielführend sein. Vorbehaltlos über die Probleme unserer Zeit, über Alternativen und zeitgemäße Lösungen in unserer globalisierten und IT-vernetzten Welt nachzudenken, erscheint als ein dringliches Gebot!

2. Die Aufklärer

Die geistigen Debatten, die am Ende des 18. Jahrhunderts zu den ersten Versuchen einer parlamentarischen Demokratie führten, begannen mehr als ein Jahrhundert zuvor vorrangig als Kritik an den politischen Machtverhältnissen. Die herausragenden Persön-